

Rheinau-Süd: Nach der Umbenennung der Karl-Peters-Straße: Gespräch mit Siedler-Chef Lehmpfuhl

„Etwaige Einsprüche von Anwohnern werden von uns nicht unterstützt“

Von unserem Redaktionsmitglied
Konstantin Groß

Der Gemeinderatsbeschluss zur Umbenennung der Karl-Peters-Straße in Wilhelm-Peters-Straße stößt bei der organisierten Interessenvertretung der Bürger von Rheinau-Süd auf weitgehende Akzeptanz. „Das ist die bestmögliche erreichbare Lösung“, erklärte der Vorsitzende der BASF-Siedlergemeinschaft Rheinau-Süd, Wolfgang Lehmpfuhl.

Dies gelte besonders für die Bereitschaft der Stadt, die Kosten für das Umschreiben von Personalpapieren zu übernehmen, die ihre eigenen Ämter vornehmen müssen. „In Heidelberg konnte das bisher nicht erreicht werden“, erinnert Wolfgang Lehmpfuhl unter Verweis auf den am Mittwoch im „MM“ erschienenen Bericht zur dortigen Diskussion über die Umbenennung der nach dem antisemitischen His-

toriker benannten Treitzschkestraße.

Auch die Bewahrung des „Taufbezirks“ der Straßennamen von Afrikaforschern und die durch den Namensbestandteil „Peters“ fortbestehende weitgehende geografische Orientierung sieht Lehmpfuhl als positiv an. Gerade aus letzterem Grunde hätte er selbst zwar gerne den bloßen Namen „Petersstraße“ bevorzugt – eine Lösung, mit der auch das für Straßennamen zuständige städtische Amt für Geo-Informationen hätte leben können. Die Historiker vom Stadtarchiv bestanden jedoch auch auf dem Vornamen „Wilhelm“, um den Charakter der Umbenennung deutlich zu machen.

Der Beschluss des Gemeinderates zur Umbenennung von Dienstag vergangener Woche wird am 22. Juni im Amtsblatt der Stadt Mannheim veröffentlicht; damit beginne eine vierwöchige Frist, in der die Betroffe-

nen die rechtliche Möglichkeit zum Widerspruch haben. Je nachdem, wie zahlreich und wie gewichtig diese Einsprüche ausfielen, müsse der Gemeinderat diese „bescheiden“.

Lehmpfuhl machte aber deutlich, dass potenzielle Gegner auf die Schützenhilfe der Siedlergemeinschaft nicht zählen können: „Wir unterstützen derartige Einsprüche nicht“, erklärte der Vorsitzende.

Die jetzige Lösung sei die bestmögliche, zudem müsse man den immerhin einstimmigen Beschluss des Stadtparlamentes respektieren: „Da noch einmal dagegen zu gehen, würde bedeuten, unsere Glaubwürdigkeit als ernstzunehmender Gesprächspartner der Stadt zu verlieren“, argumentiert Lehmpfuhl.

„Den Bürgern Zeit lassen“

Allerdings wünscht sich Lehmpfuhl von der Stadt, den Anwohnern nach Inkrafttreten der Umbenennung möglichst viel Zeit zu geben, ihre Papiere umschreiben zu lassen. „Die Menschen sollten das nicht in Hektik machen müssen.“ Er denkt dabei an das Jahresende als Frist.

Was und wie alles umzumelden ist, darüber will die Siedlergemeinschaft die Bürger demnächst in einer eigenen Veranstaltung in ihrem Siedlerheim „Seeblick“ informieren.

Denn die Ummeldspflicht gelte nicht nur für Personalausweise und Reisepässe, Führerscheine und Scheckkarten, sondern auch für Hausfinanzierungen und Versicherungen. „Manche solcher Verträge“, weiß Lehmpfuhl aus verschiedenen Gesprächen, „verlieren im Bedarfsfall an Rechtskraft, wenn sich die Adresse der Objekte, für die sie abgeschlossen wurden, geändert hat und nicht umgehend aktualisiert wird.“



Die jetzige Karl-Peters-Straße in Rheinau-Süd. Ihre Umbenennung in Wilhelm-Peters-Straße findet Akzeptanz auch bei der örtlichen Siedlergemeinschaft. BILD: TIN